

## KURZ UND PRÄGNANT

### LINKE-Sitzungssaal „Käthe Duncker“

Für ihren Vorschlag, den Sitzungssaal der LINKEN nach Käthe Duncker zu benennen, hat die Fraktion vom Landtag ein positives Signal bekommen. „Wir wollen damit nicht nur eine der ersten weiblichen Abgeordneten im Thüringer Landtag ehren, sondern auch an eine Frau erinnern, die bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine profilierte Kämpferin für Frauenrechte gewesen ist“, sagte Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow. „Käthe Duncker gilt uns als eine Frau, die für ihre Überzeugungen kämpfte, litt und dennoch nicht müde wurde, für eine bessere Welt einzustehen.“ Mit der Namensgebung wolle DIE LINKE auch zeigen, dass es ein wichtiger politischer Auftrag bleibt, Ungleichheiten und fehlende Chancen in der Gesellschaft anzuprangern und für soziale Gerechtigkeit zu streiten. ■

### Bürgerbeteiligung im Wartestand

Auf eine Zulassung des Bürgerbegehrens in Arnstadt zur Neuausrichtung der örtlichen Wasserbetriebe durch das Thüringer Oberverwaltungsgericht wartet man schon fünf Jahre. Als die Bürger 2007 den Antrag für ein Bürgerbegehren zur Verbandspolitik des öffentlichen Aufgabenträgers der Wasser- und Abwasserentsorgung stellten, hatten sie das sicherlich nicht geglaubt. In einer Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage von Frank Kuschel heißt es, die lange Verfahrensdauer im Berufungsverfahren sei durch die Einstellung von neuen Richtern zustande gekommen. Die Änderung der Geschäftsverteilung und die krankheitsbedingten Fehlzeiten hätten dabei auch zu einer Verlängerung geführt. Laut Landesregierung würde die Bereitschaft der Bürger für ein Bürgerbegehren auch bei dieser Verfahrensdauer nicht sinken, wobei eine so lange Verfahrensdauer nach der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht hinnehmbar sei.

Auch das 2011 in Kraft getretene Gesetz, das es ermöglicht, die Verfahrensdauer zu rügen und Entschädigungen zu fordern, und die im Jahre 2012 abgehaltene Tagung zur Verfahrensdauersenkung sind nur Maßnahmen, die die Verfahrensdauer nicht direkt beeinflussen. Die Antwort der Landesregierung zeigt, dass Bürgeranliegen nicht gewünscht sind und auf vielfältige Weise behindert werden können. Die demokratische Bürger-Mitwirkung wird umgangen, da durch den Zeitablauf neue Tatsachen geschaffen werden, die den Grund des Bürgerbegehrens hinfällig werden lassen.

Markus Herzig/Alexander Klein ■

# Im Gespräch mit den AmtsträgerInnen

## Treffen des Fraktionsvorsitzenden mit LINKEN Landrätinnen und Bürgermeistern

**Zu einem zweitägigen Treffen in Arnstadt hatte der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, Landrätinnen und Bürgermeister ein Jahr nach den Kommunalwahlen in Thüringen eingeladen.**

Am 22. April 2012 – Stichwahlen am 6. Mai 2012 – hatten Landrats-, Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen stattgefunden, aus denen DIE LINKE enorm gestärkt hervorging.

Als Landrätinnen wurden die bis dahin Landtagsabgeordneten Petra Enders (Ilm-Kreis), Birgit Keller (Kreis Nordhausen) und Michaela Sojka (Kreis Altenburger Land) gewählt, die Landtagsabgeordnete Katja Wolf als Oberbürgermeisterin von Eisenach, der Landtagsabgeordnete Ralf Hauboldt als Bürgermeister von Sömmerda. Mit dem Mandat der LINKEN als Bürgermeister gewählt bzw. wiedergewählt wurden außerdem: Frank Fiebig in Gräfenroda, Claudia Nissen in Kahla, Karl Koch in Brotterode-Trusetal, Frank Persike in Bad Blankenburg und Marianne Reichelt in Neuhaus am Rennweg.

Neben einem allgemeinen Erfahrungsaustausch standen bei dem Treffen am 16. und 17. Mai in Arnstadt (siehe auch Foto) das weitere gemeinsame Vorgehen beim Thema Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen und Probleme der interkommunalen Zusammenarbeit im Blickpunkt. Außerdem ging es um die Entwicklung von

Strategien zur Forcierung von Projekten der Rekommunalisierung, wie beispielsweise auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft. Man war sich einig, dass die Runde im Herbst ihre Fortsetzung finden soll. Den Schwerpunkt werden dann Fragen und Probleme des Gemeindevirtschaftsrechts bilden.

### Gemeindeneugliederungen zur CDU-Pfründe-Sicherung?

Erneut kritisiert die Linksfraktion im Thüringer Landtag die von der Landesregierung geplanten Gemeindeneugliederungsmaßnahmen. „Die jetzt vorgesehe-

trung erfüllender Gemeinden nicht mehr erfolgen. „Die Verwaltungsgemeinschaft in der jetzigen Form hat sich als ein ineffizientes Instrument erwiesen. Die anzustrebende nachhaltige Erhöhung der Leistungsfähigkeit der gemeindlichen Strukturen im Freistaat wird damit nicht erreicht“, kritisierte der Landtagsabgeordnete.

Es sei ganz offensichtlich, dass mit dem jetzigen, von der CDU forcierten, Vorgehen vor der kommenden Landtagswahl vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen.

„Es handelt sich dabei schlicht und ergreifend um Sicherungsmaßnahmen für



nen Fusionen von Verwaltungsgemeinschaften widersprechen diametral einem Beschluss des Landtags vom 15. Dezember 2011 und weisen in die völlig falsche Richtung“, betonte der Kommunalexperte der LINKEN, Frank Kuschel.

Laut dem damaligen Beschluss sollte eine Bildung und Änderung von Verwaltungsgemeinschaften und eine Beauf-

CDU-Pfründe. Dies ist allerdings nicht im Sinne der Zukunftsfähigkeit des Freistaats und seiner kommunalen Landschaft“, so Frank Kuschel.

Eine Broschüre „Moderne Verwaltungskonzept für die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen“ kann aus dem Internet heruntergeladen werden. [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de) ■

## Missachtung

„Es kommt einer Missachtung des Parlaments gleich, dass sowohl die Vertreter der SPD- und der CDU-Fraktion als auch Sozialministerin Taubert die Aussprache bei der Zweiten Lesung zu unserem Gesetzentwurf zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes verweigert haben“, kritisierte Maik Nothnagel, inklusionspolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Die Landtagsmehrheit ignoriert damit vor allem das Engagement von behinderten Menschen, die sich durch ihre Vertretungsstrukturen und Verbände an der Erarbeitung des Gesetzentwurfes beteiligt haben. Erneut wurde die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Ansatz der Inklusion politisch verweigert.

„Zwar hat die Landesregierung einen Aktions- bzw. Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Konvention erarbeitet, aber er wurde bisher nicht offiziell dem Landtag zugeleitet. Er ist im Vergleich zu einem Gesetz auch nicht rechtsverbindlich und für Betroffene im Konfliktfall auch nicht einklagbar. Eine mehr oder weniger nette politische Absichtserklärung ist dieser Maßnahmenplan, aber nicht mehr.“ ■

## Verfassungsschutz spitzelt weiter

Der deutsche Inlandsgeheimdienst „Bundesamt für Verfassungsschutz“ bespitzelt immer noch Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE. Das geht aus einem vertraulichen Dossier des Geheimdienstes mit dem Titel „Neuausrichtung der Beobachtungspraxis“ hervor, über das verschiedene Medien berichten. Damit gerät der dem Innenminister unterstehende Geheimdienst nach seinem Komplettversagen bei den Verbrechen der Neonazi-Terrorgruppe NSU erneut ins Zwielicht.

Im Visier des „Verfassungsschutzes“ stehen demnach Menschen, die nach Interpretation des Geheimdienstes einem der „offen extremistischen Zusammenschlüsse“ in der Partei DIE LINKE angehören. Davon betroffen sind auch mindestens 25 Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion.

Unter das Verdikt der politisch instrumentalisierten „Extremismus“-Definition fallen die Parteiströmungen Antikapitalistische Linke, Sozialistische Linke und Kommunistische Plattform sowie die Zusammenschlüsse Marxistisches Forum, Geraer/Sozialistischer Dialog und Cuba Si. Die aktuelle „Beobachtungspraxis“ des Geheimdienstes schließt ein, gegen Menschen vorzugehen, die lediglich ihre verfassungsmäßigen Rechte wahrnehmen

oder vom Grundgesetz ausdrücklich legitimierte politische Forderungen aufstellen. Nach einem Bericht von Spiegel Online zählt für den „Verfassungsschutz“ nämlich bereits der Versuch, mit außerparlamentarischen Bewegungen zu paktieren, zum bespitzelungswürdigen „Extremismus“, ebenso die Forderung, Energiekonzerne zu verstaatlichen, oder der Plan, eine „solidarische Gesellschaft jenseits des Kapitalismus“ aufzubauen.

In Artikel 15 des Grundgesetzes heißt es: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1954 deutlich gemacht, dass das Grundgesetz, die „soziale Marktwirtschaft“ nicht garantiere – es liege eine „wirtschaftspolitische Neutralität“ des Grundgesetzes vor.

Beim Bundesverfassungsgericht ist die Klage von Bodo Ramelow anhängig. Der Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag kämpft juristisch gegen seine Bespitzelung durch den „Verfassungsschutz“. Mit einer Entscheidung wird noch in diesem Jahr gerechnet. S.W. ■